



An die  
Vorsitzende des Ausschusses für  
Umwelt und Klimaschutz  
Frau Wibke Brems

Gütersloh, 22. November 2021

## **Antrag zu TOP 6.5 im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz am 29.11.2021: „Grundsatzbeschluss zu Photovoltaik auf allen städtischen Dachflächen“**

Sehr geehrte Frau Brems,

die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, BfGT, und SPD stellen folgenden Antrag für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 29.11.2021 zum Tagesordnungspunkt 6.5 (Antrag der Fraktion B90/Grüne vom 15.11.2021 Grundsatzbeschluss zu Photovoltaikanlagen auf den städtischen Dachflächen):

1. Alle geeigneten Dachflächen von städtischen Gebäuden werden schnellstmöglich mit so viel Photovoltaikanlagen wie möglich belegt. Das gilt für Neubauten und für Bestandsgebäude mit dem Ziel, möglichst viel Strom für den Eigenverbrauch und/oder für die Einspeisung in das Stromnetz zu erzeugen.
2. Der Fachbereich Immobilienmanagement erstellt unter Berücksichtigung von geplanten Sanierungsmaßnahmen an Bestandsgebäuden einen Plan, in welcher Reihenfolge die Belegungen erfolgen sollen und welche Haushaltsmittel dafür benötigt werden.
3. Gleichermaßen nutzt die Verwaltung ihre Möglichkeiten auf ihre Tochtergesellschaften und Eigenbetriebe dahingehend einzuwirken, dass diese ebenfalls sämtliche geeignete Dächer schnellstmöglich maximal mit Photovoltaikanlagen versehen.
4. Kooperationen mit den Stadtwerken Gütersloh oder lokalen Bürgerenergiegenossenschaften sind dabei ausdrücklich gewünscht, solange die Ausbaugeschwindigkeit dadurch nicht wesentlich gebremst wird.

## **Begründung:**

Als kommunaler Beitrag zur Energiewende und damit zum CO<sub>2</sub>-Reduktions-Pfad der Bundesregierung, wird die Verwaltung beauftragt, alle Dächer von städtischen Gebäuden - soweit baulich geeignet und weitgehend frei von Verschattungen – schnellstmöglich vollständig mit Photovoltaikanlagen zu belegen.

Gütersloh ist vor wenigen Wochen der „[Cities Race-to-Zero Cities](#)“ Initiative beigetreten, die durch die Vereinten Nationen<sup>1</sup> unterstützt wird. Damit hat sich unsere Stadt unter anderem darauf verpflichtet, konkrete Maßnahmen festzulegen, mit denen die Stadt kurzfristig auf einen tragfähigen 1,5°-Pfad gelangen kann. Eine zentrale Bedeutung für die Klimaneutralität ist der lokale Energiemix. Angesichts aktuell äußerst begrenzter Möglichkeiten für den Ausbau der Windenergie auf dem Stadtgebiet kommt dem Sonnenstrom hierbei eine zentrale Rolle zu.

Ein Blick in das [Solardachkataster](#) des Kreises zeigt, dass Gütersloh aktuell erst 6 % des Potentials von 551 MWp ausschöpft, womit die Stadt im ganzen Kreis das Schlusslicht bildet.

Dass sich das ändern soll, ist in der Politik bereits Konsens und so trat Anfang des Jahres Gütersloh dem [Wattbewerb](#) bei, einem Wettstreit darum, welche Stadt als erstes ihre installierte PV-Leistung pro Einwohner:in verdoppelt. Hier sind wir - auch Dank des städtischen Förderprogramms - im dritten Quartal sogar auf Platz 1 der Großstädte (Platz 48 von 138 im Gesamtranking) gelandet. Jetzt gilt es diesen Platz zu verteidigen und den Zubau weiter zu beschleunigen. Der Stadt Gütersloh kommt dabei eine Vorbild- und Vorreiterrolle zu.

Mit ihrem Beitritt zur [Klimakampagne OWL](#) hat die Stadt dafür wertvolle Werkzeuge in die Hand genommen, um für mehr Öffentlichkeit für das Thema PV-Ausbau zu werben. Die dazugehörige Flugschiffinitiative „[Solaroffensive OWL](#)“ weist dabei den Weg mit ihrem Motto: „Drei Hebel – Ein Ziel: Macht die Dächer voll!“. Denn der erste Hebel richtet sich direkt an die beteiligten Kommunen und lautet „Mach deine eigenen Liegenschaften voll“.

Der vorliegende Antrag soll dieses Vorhaben unterstützen und geht über den Beschluss des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Immobilienwesen vom 12.3.2015 (71/2015) aufgrund einer Bürgereingabe deutlich hinaus, der ausschließlich die Eigenenergieversorgung im Blick hatte und damit deutlich geringere Flächenanteile für eine PV-Nutzung als Potenzial vorsah. Er knüpft des Weiteren an den einstimmigen Beschluss des geänderten SPD-Antrages im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz vom 15.03.2021 (436/2020) an, mit dem Anspruch die Dringlichkeit eines Handelns hier deutlich zu erhöhen.

Zur Umsetzung dieses Beschlusses soll der Fachbereich Immobilienmanagement einen Zeit- und Maßnahmenplan dafür vorlegen, in welcher Reihenfolge eine sinnvolle Belegung der Dachflächen erfolgen soll. Dabei sind zum Beispiel geplante Dachsanierungen und

---

<sup>1</sup> Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen UNFCCC

Umbauten von Bestandsgebäuden zu berücksichtigen. Die jährlich benötigten Haushaltsmittel sowie ggf. notwendige Personalressourcen werden ebenfalls vorgelegt und bei der jährlichen Haushalteinbringung sowie dem Stellenplan berücksichtigt.

Mit freundlichem Gruß

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Dr. Martin Noack  
Umweltpolit. Sprecher

Birgit Niemann-Hollatz  
Gitte Trostmann  
Fraktionssprecherinnen

**BfGT-Fraktion**

Klaus Sperling  
Umweltpolit. Sprecher

Christiane Ziegele  
Jürgen Behnke  
Fraktionsvorsitzende

**SPD**

Stefan Bethlehem  
Umweltpolit. Sprecher

Volker Richter  
Fraktionsvorsitzender